

## **S 4-Initiative will Nahverkehr-Konzept**

Wandsbek (mg) - Grundsätzlich begrüßt hat die „S 4-Initiative Hamburg/Stormarn“ die Absicht der Bundesregierung, im neuen Bundesverkehrswegeplan den Ausbau der Strecke Hamburg-Lübeck in den „vordringlichen Bedarf einzustufen, die Strecke zu elektrifizieren und zwischen Wandsbek und Ahrensburg ein drittes Gleis zu bauen. „Diese Maßnahmen sind wichtig, dienen aber nur dazu, den bis zum Jahr 2010 um mehr als 30 Prozent ansteigenden Güterverkehr bewältigen zu können“, kommentieren die Sprecher der Initiative, Ole Thorben Buschhüter und Willy Laaser, und fordern gleichzeitig ein ergänzendes Konzept für den Nahverkehr. „Ein nur dreigleisiger Ausbau ist aus unserer Sicht halbherzig, weil sich daraus für den Nahverkehr keine wesentlichen Verbesserungen ergeben würden“. Die Initiative will deshalb, dass bei einem Ausbau der Strecke gleich ein viertes Gleis bis Ahrensburg entsteht, auf dem dann moderne S-Bahnzüge einen dichten und pünktlichen Taktverkehr sicherstellen könnten. Zumal nur die Kosten für das vierte Gleis von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein getragen werden müssten, die hierfür aber Zuschüsse vom Bund erhalten könnten. „Mit dem Bau einer S-Bahn auf eigenen Gleisen würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits schafft man einen attraktiven Nahverkehr, der endlich auch der Bedeutung dieser Siedlungsachse gerecht wird. Andererseits entstehen genügend Kapazitäten für den ständig steigenden Güterverkehr zwischen Hamburg und Lübeck“, so Buschhüter und Laaser. Als einen „Erfolg für Wandsbek“ und als „Lohn all unserer Bemühungen“ wertete der Wandsbeker Bundestagsabgeordnete Ortwin Runde die Aufnahme der Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Laut Runde seien für die Elektrifizierung der Strecke und den Bau eines dritten Gleises 405,8 Millionen Euro veranschlagt. Das umfangreiche Planwerk, das bis 2015 Investitionen von mehr als 150 Milliarden Euro in die bundesdeutsche Verkehrsinfrastruktur vorsieht, wurde jetzt zur weiteren Beratung den Bundesländern zugeleitet. Sieben der gut 150 Milliarden sollen übrigens für die Verbesserung der Bundeswasserstraßen verwendet werden. Der Rest zu etwa gleichen Teilen für den Ausbau von Autobahnen bzw. Ortsumgehungen sowie für den Aus- und Neubau der Schienenwege.